

1. Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer? (Es geht hier um geoutete Personen. Und es geht darum, ob Sie geoutete Bisexuelle wahrnehmen, nicht darum, ob Sie eine Liste führen.)

Uns sind keine geouteten bisexuellen Politiker*innen bekannt. Wir haben mehrere schwule und lesbische Kommunalpolitiker*innen in unseren Reihen.

2. Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht, flächendeckend und ohne Diskriminierung für alle Menschen zugänglich ist. Gerade den Aspekt der diskriminierungsfreien Beratung und Behandlung wollen wir als Teil der Medizinausbildung fest verankern. Die Einführung von Trainingseinheiten zu idealtypischen Arzt*innen-Patient*innengesprächen konzentriert sich zu einseitig auf den Aspekt der Verständlichkeit. Dieser ist zwar wichtig, ersetzt jedoch nicht eine Sensibilisierung für den diskriminierungsfreien Umgang mit der LSBTI*-Community.

3. Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die fächerübergreifende Thematisierung der Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten im Unterricht sehen wir FREIE WÄHLER als bedeutenden Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung der jungen Menschen. Insbesondere in der Phase des Erwachsenwerdens nimmt die Integration auch von sexuellen Orientierungen in die Gesamtpersönlichkeit eine bedeutende Stellung ein. Hierfür notwendig ist unserer Ansicht nach die Sicherstellung einer entwicklungsförderlichen Lernumgebung, welche die Vielfalt von individuellen Lebensformen anerkennt und wertschätzt. Dies gelingt unter anderem auch durch die stärkere Vernetzung von schulischer Bildungsarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern, um externe Experten einbeziehen zu können, sowie durch das gezielte Anknüpfen an die Themen, beispielsweise durch vertiefte Behandlung von entsprechenden Lektüretexten im Rahmen des Deutschunterrichts.

4. Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit: Welche Inhalte sind Ihnen in so einem Plan wichtig, auch Bi+Inhalte? Werden Sie sich in jeder Koalition dafür einsetzen?

Wir unterstützen die Einführung eines nationalen Aktionsplans gegen LSBTI*-Feindlichkeit. Nach der Aufnahme von Maßnahmen zur Bekämpfung von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit in den nationalen Aktionsplan zu Beginn der Legislaturperiode konnten weitere Erkenntnisse gesammelt werden, welche einen eigenen Aktionsplan notwendig machen. Allerdings wollen wir zusätzlich die intersektionale Perspektive, die der Vielfalt von LSBTI Rechnung trägt und auch Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt, des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus weiter ausbauen.

5. Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Grundsätzlich sehen wir hier insbesondere die Hochschulen in der Verantwortung. Vor dem Hintergrund der Hochschulautonomie kann die Politik zwar Empfehlungen geben und Anreize setzen, die Verantwortung für Forschung und Lehre sowie die Sicherung der Qualität der Leistungen muss aber aus unserer Sicht auch weiterhin unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Insbesondere im Rahmen der Geschlechterforschung bzw. Gender Studies werden bereits heute Geschlechterverhältnisse und darunter auch das Thema Bisexualität in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten betrachtet und unter anderem deren Wirkung auf wissenschaftliche Diskurse und kulturelle oder aber gesellschaftliche Leitbilder untersucht. Diese Entwicklung ist auch von politischer Seite positiv zu begleiten. Dabei sollten Gender Studies unserer Ansicht nach einerseits in Form eigenständiger Forschungszeige und Studiengänge an den bayerischen Hochschulen gestärkt werden. Andererseits sollten Gender Studies als interdisziplinäres Prinzip etabliert werden, wonach eine entsprechende Perspektive insbesondere in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen jeder Forschung zugrunde gelegt werden und die Wahrnehmung des wissenschaftlichen Objekts sowie die Wahl der Methodik mitbestimmen kann.

6. Sichtbarkeit: Welche vergleichbaren Aktionen können Sie sich für vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir wollen gegen jegliche Tendenzen von Bisexual Erasure vorgehen. Hierfür wollen eine eine gleichwertige Anerkennung von Bisexuellen in der LGBTQI+ Förderung.

7. Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?

Gewalt gegen und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Sexualität gilt es strikt abzulehnen. In diesem Zusammenhang sind die bereits bestehenden Präventionsangebote angemessen zu fördern und auszubauen. Ferner sei auch in diesem Bereich die Sensibilisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

8. Werden Sie hier vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?

8.1 Verbesserung der Blutspenderegungen,

Wir begegnen sexuellen Minderheiten mit Akzeptanz und treten dafür ein, dass sie ein diskriminierungsfreies Leben in der Mitte unserer Gesellschaft führen können. Deswegen ist die Beseitigung von Rechtsvorschriften, die sich diskriminierend auf die LGBTQI+-Community auswirken, für uns ein wichtiger Handlungsauftrag. Das Verfahren zur Blutspende muss sich an wissenschaftlichen Fakten orientieren und tatsächliche HIV-Risiken in den Blick nehmen, statt pauschal einen Ausschluss zu fordern.

8.2 Trans*-Rechte,

Wir begegnen sexuellen Minderheiten mit Akzeptanz und treten dafür ein, dass sie ein diskriminierungsfreies Leben in der Mitte unserer Gesellschaft führen können. Deswegen ist die Beseitigung von Rechtsvorschriften, die sich diskriminierend auf die LGBTQI+-Community auswirken, für uns ein wichtiger Handlungsauftrag.

8.3 Schutz im Grundgesetz,

Wir unterstützen die Forderung, dass „sexuelle Identität“ in die Auflistung der Diskriminierungsverbote in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes aufgenommen wird.

8.4 Anerkennung von zwei Müttern,

Unter Familie verstehen wir jede Einheit von zwei (hetero- oder homosexuellen) Partner*innen oder von Alleinerziehenden mit Kindern.

8.5 Schutz von Inter*-Kindern,

Geschlechtsangleichende Operationen im nicht einwilligungsfähigen Alter lehnen wir ab. Wir unterstützen die Neufassung der S2k-Leitlinie „Varianten der Geschlechtsentwicklung“, welche in Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen eine Neufassung der Diagnose und Behandlungsmöglichkeiten erarbeitet hat. Besonders die Begrenzung von operativen Eingriffen bei nicht einwilligungsfähigen Kindern sehen wir als Vorbild für die gesamte EU. Hierzu muss auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention ein Dialog mit allen Mitgliedstaaten geführt werden.

8.6 Verbot von Konversionstherapien

Wir schließen uns der Definition der Weltgesundheitsorganisation an, welche erklärt hat, dass Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit keine Krankheit sind und keine Indikation für eine „Therapie“ besteht. Nach einem Verbot für Kinder unterstützen wir daher die Ausweitung des Verbots von "Konversionstherapien" auch auf Erwachsene.